



Bayerischer Landesfrauenausschuss

Frauen und „stille“ Süchte - Medikamentenabhängigkeit Raus aus der Randproblematik – Rein ins öffentliche Bewusstsein

Geschätzt bis zu zwei Millionen Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig: Zwei Drittel davon sind Frauen. Die Süchtigen leben in einem legalen Umfeld. Sie erhalten ihre als „Drogen“ genutzten Medikamente von integren, gesellschaftlich hoch geschätzten Menschen. Die abhängigen Frauen sind meist „stille“ Suchtopfer. Sie fallen nicht auf und genügen den Ansprüchen einer leistungsorientierten Gesellschaft. Sie „funktionieren“ im Beruf, als Familienfrauen zu Hause und als Seniorinnen in der häuslichen Umgebung oder in stationären Pflege- und Betreuungseinrichtungen. Sie schweigen und schlucken – ein klassisches weibliches Genderverhalten.

Der BayLFA sieht bei der Problematik des Medikamentenmissbrauchs Handlungsbedarf in Politik und Gesellschaft. Medikamentenwerbung wird in den Medien geschickt platziert, zum Gebrauch wird regelrecht animiert. Bereits Kinder und Jugendliche erleben - ebenso wie Erwachsene - Medikamente als jederzeit verfügbar und als Lösung für die Probleme des Alltags.

Der BayLFA begrüßt, dass sich sowohl die Drogenbeauftragte der Bundesregierung als auch die Bundesärztekammer und die Landesärztekammer mit diesem heiklen Thema auseinandergesetzt haben und für die bayerischen Ärztinnen und Ärzte seit Jahresbeginn 2007 ein entsprechendes Fortbildungsangebot bei der Kammer besteht.

Die zehn Forderungen des BayLFA zur Medikamentenabhängigkeit von Frauen lauten:

1. Der Bayerische Landesfrauenausschuss appelliert nachdrücklich, dass der Medikamentenabhängigkeit von Frauen insgesamt mehr Aufmerksamkeit zuteil werden muss.
2. Medikamentensucht und Abhängigkeit sollten Thema einer Anhörung im bayerischen Landtag werden.
3. Das Fortbildungsangebot für Ärztinnen und Ärzte im Zusammenhang mit Medikamentenabhängigkeit sollte fortgeführt und ausgebaut werden.

4. Medikamentenabhängigkeit sollte darüber hinaus bereits in der Ausbildung und im Studium aller Sozial-, Gesundheits- und Heilberufe angemessen thematisiert werden. Eine Fachausbildung für Suchtmedizin ist zu befürworten.
5. Ziel sollte ein intensiver vernetztes Vorgehen von Ärztinnen und Ärzten, Apothekerinnen und Apothekern, Verbänden, Organisationen und Selbsthilfeeinrichtungen in Prävention und Therapie sein.
6. In Bayern sollte ein Modellversuch zur Prävention - analog zu den Versuchen der KV Westfalen-Lippe - mit den Krankenversicherungen, der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen, der Ärzte- und Apothekerkammer, der Bayerischen Akademie für Suchtfragen sowie Suchtberatungsstellen und Selbsthilfeeinrichtungen gestartet werden.
7. Als präventive Maßnahme sollte in allen Schularten das Thema Suchtprävention ausgebaut und die Medikamentensucht dabei nicht ausgespart werden. Junge Menschen sollen im Rahmen der Gesundheitsförderung befähigt werden, Verantwortung für sich und die eigene Gesundheit zu übernehmen.
8. Im Rahmen der Prävention gerade für suchtgefährdete Frauen im häuslichen Umfeld plädiert der Bayerische Landesfrauenausschuss für den Einsatz aufsuchender Hilfen (wie beispielsweise von Gemeindefrauenschwester). Vorbild ist dabei das WHO-Modell „Familiengesundheitspflege“. Damit können Überlastungsprobleme der Frauen frühzeitig erkannt, Entlastungsmodelle angeboten und aus der Sucht entstehende Probleme für Kinder, Jugendliche und pflegebedürftige Familienmitglieder vermieden werden.
9. Auch viele ältere Frauen mit Vereinsamungsproblemen, deren regelmäßige Beruhigungsmittelversorgung in die Statistik mit einfließen, könnten so erreicht werden. Strukturen zur Finanzierung aufsuchender Hilfen beziehungsweise der Familiengesundheitspflege sind zu etablieren.
10. Auf keinen Fall dürfen in stationären Pflegeeinrichtungen Sedativa verabreicht werden, nur weil nicht genug Pflegefachkräfte zur Verfügung stehen. Auch hier sind entsprechende strukturelle Voraussetzung zur Finanzierung ausreichender Pflege- und Betreuungsleistungen sowie zur Einrichtung alternativer Präventions- und Therapieangebote zu etablieren.

München, 18.07.2007

Hildegund Rüger
Präsidentin

[Bayerischer Landesfrauenausschuss](#)
[Geschäftsführung](#)

[Hausanschrift:](#)
Winzererstraße 9
80797 München
Telefon (089) 1261-1520, - 1412
Telefax (089) 1261-1633

[E-Mail:](#)
BayLFA@stmas.bayern.de
www.lfa.bayern.de